

DER SPIEGEL

C 7007 C

Nr. 46

41. Jahrgang · DM 4,-

9. November 1987



Terror aus dem
Schwarzen Block

DIE VERMUMMTEN

TITELGESCHICHTE

Die Gewalt der verummten Chaoten SPIEGEL-Streitgespräch mit den Polizeigewerkschaftern Hermann Lutz und Martin Gregg	17 24
Kampf um die Hamburger Hafenstraße	26

SPIEGEL-GESPRÄCHE

Mit Ex-Wirtschaftsminister Karl Schiller über die Weltwirtschaft	40
Mit ÖVP-Wirtschaftssprecher Josef Taus über die Pleite der österreichischen Staatsindustrie	175

KOMMENTAR

Rudolf Augstein: Keine Angst, es wird weitergerüstet	30
---	----

DEUTSCHLAND

Nato Bonns Politiker streiten weiter	29
Diplomatie Druck auf die „Colonia Dignidad“	58
Parteispenden Steuerfahnder im Bundeshaus	61
Waffenhandel Deutsche Geschäfte im Golfkrieg	64
Wohnen Neuer Service für Kurzzeit-Mieter	78
Meinungsforschung SPIEGEL-Umfrage: Die Parteien und ihre Anhänger	82
Datenschutz Fachausbildung für Computer-Kontrolleure	93
Umwelt Neue Studie über Schadstoffbehandlung	98
CDU Mittelstand protestiert gegen Unionsbetriebe	101
Justiz Mordkomplott von Nazi-Richtern	109
Rechtsanwälte Kollision mit Landesregeln	111
Post Neues Konzept, weniger Service	138
Waterkantgate Wer bezahlte die Engholm-Beschatter?	141
Der CDU-Politiker Graf Kerssenbrock	144
Die Springer-Desinformation geht weiter	153

WIRTSCHAFT

Raumfahrt Teure Beschlüsse in Bonn	31
Beschäftigung Noch mehr Arbeitslose	34
Börse Karikaturen aus vier Jahrhunderten Täglich TV-Sendungen aus Frankfurt	42 52
Medien Zigaretten-Manager für Sat 1	67
Auto-Industrie Der Kampf ums Jahreswagen-Privileg	70
Gewerkschaften Eine Frau als HBV-Vorsitzende?	76
Flugverkehr Verspätungen bei der Lufthansa	95
Gesundheitspolitik Die Patienten sollen zahlen	138
Dollar Immer tiefer und tiefer	160
Neureiche Börsenaufsteiger in London	182

IN DIESEM HEFT

„Politik aus Wut“

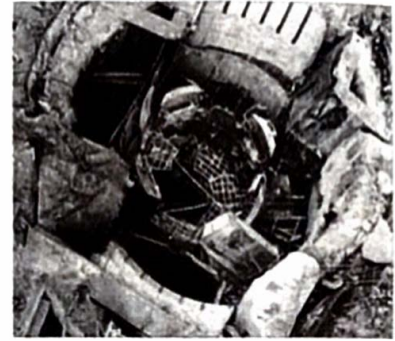
Seite 24

Vom „Lumpenpack im Schwarzen Block“ spricht Benedikt-Martin Gregg, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, und verlangt Gesetze gegen die Vermummten. Hermann Lutz, Chef der konkurrierenden Gewerkschaft der Polizei, warnt im Streitgespräch dagegen vor einer „Politik aus Wut“.

Probleme mit der Abrüstung

Seiten 29, 162

Die Bundesregierung kann sich nicht entscheiden. Sie will zwar an der auf Atomwaffen basierenden Nato-Strategie festhalten, möchte aber die von den Amerikanern geforderte Nachrüstung mit neuen Kurzstreckenraketen möglichst verhindern. Derweil formulieren in Genf die Unterhändler aus Washington und Moskau die letzten Details des Mittelstreckenwaffen-Vertrags – noch offen waren Kontrollrechte und Probleme der gefährlichen Vernichtung von Raketenarsenalen.



Gesprengtes Raketenislo

Engholm und die Detektive

Seiten 141, 153



„Condor“-Werbung

Neue Wende in der Waterkantgate-Affäre: Lange bevor Reiner Pfeiffer in Barschels Dienst trat, wurde SPD-Spitzenmann Engholm bereits beschattet – unter anderem von Detektiven der Düsseldorfer Firma „Condor“, im Auftrag unbekannter Hintermänner (Seite 141). Bevor Pfeiffer seine Untergrundarbeit in Kiel aufnahm, wurde im Springer-Verlag erwogen, ihn zum Politik-Chef von „Bild“, Westeuropas größter Tageszeitung, zu machen (Seite 153).

Geld von den Kranken

Seite 138

Mit einem politisch riskanten Selbsteteiligungssystem will Norbert Blüm gegen steigende Krankenkassen-Ausgaben angehen: Bei bestimmten Medikamenten, bei Hörgeräten oder Zahnersatz sollen Patienten mit zahlen.

Gefahr durch Dollar-Sturz

Seiten 40, 160

Nach dem Börsen-Crash kracht es nun auch an den Devisenmärkten: Vergangene Woche stürzte der Dollar erstmals unter 1,70 Mark und zog die Aktien in der exportabhängigen Bundesrepublik mit in die Tiefe. Damit wächst die Gefahr, daß die Börsen-Malzise auf die Konjunktur durchschlägt und die Weltwirtschaft in eine schwere Krise schiebert. In einem SPIEGEL-Gespräch plädiert Ex-Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller daher für eine aufeinander abgestimmte gegenläufige Finanzpolitik in den USA und der Bundesrepublik: für rasche Steuersenkungen hier und für eine Drosselung des Budget-Defizits dort. Doch Amerikaner und Deutsche streiten bislang nur darüber, wer den Aktien- und Dollar-Sturz verschuldet hat.



Schiller

Null Kenntnis

Erstmals können sich Studenten zum Datenschützer ausbilden lassen.

Wenn Firmenchefs ihre Personalcomputer (PC) und Daten vor unbefugtem Zugriff schützen sollen, fällt ihnen meist nur ein höchst schlichtes Mittel ein. Hilflöse Manager verrieten dem Datenschutzbeauftragten der Ulmer Universität, Gerhard Kongehl, wie sie für Sicherheit sorgen: „Wir schließen die Türen zu.“

Zwar seien alle stolz auf ihre PC, spottet der promovierte Physiker Kongehl, der die Praxis in den Betrieben genau kennt. Doch bei vielen Unternehmen gebe es „kein Gefühl für die Brisanz von Daten und null Kenntnis von Gesetzesbestimmungen“.

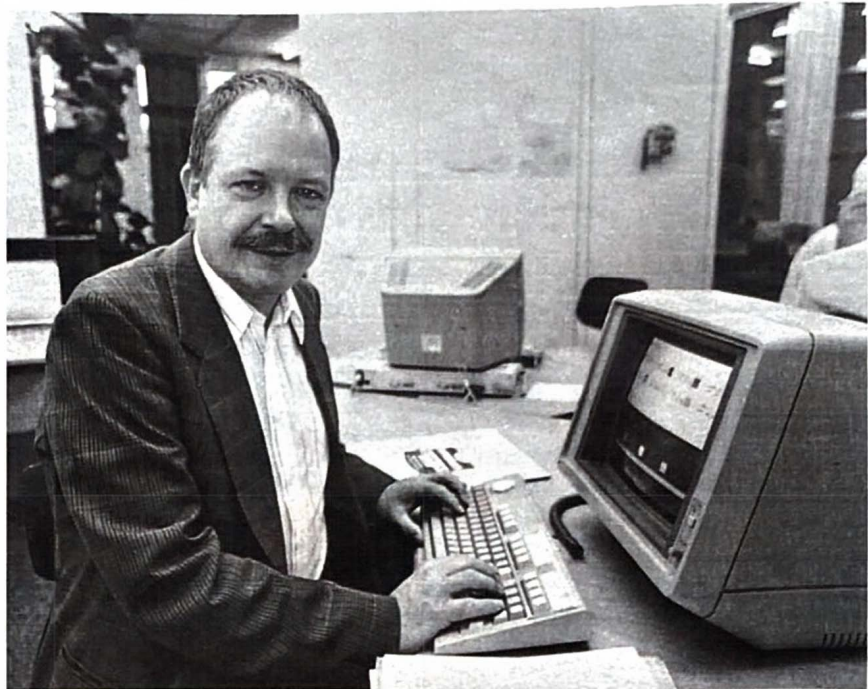
Dabei schreibt das Bundesdatenschutzgesetz schon seit zehn Jahren vor, daß alle Personen und Betriebe, die „personenbezogene Daten automatisch verarbeiten“, einen Beauftragten für den Datenschutz bestellen müssen, wenn sie „mindestens fünf Arbeitnehmer ständig beschäftigen“.

„Da liegt vieles im argen“, weiß Kongehl. Häufig achteten nichtausgelastete Beschäftigte, die sich in privaten Wochenendkursen oberflächlich mit der Materie befaßt hätten, nur nebenher auf den Datenschutz.

Während kommunale Datenschützer und Landesbeauftragte für Datenschutz über den Umgang der Behörden, der Polizei und der Ministerien mit personenbezogenen Daten wachen, sind für die Kontrolle bei Firmen und Verbänden die Innenministerien lediglich als Aufsichtsbehörde zuständig; sie sollen zum Beispiel Beschwerden bearbeiten und Datenschutzbeauftragte beraten. Meist können sie, wenn Mißgriffe bekanntwerden, nur Stichproben machen.

Klagen über mangelnde Abschirmung von Daten in elektronischen Speichern richten sich hauptsächlich gegen Banken und Bausparkassen, Verlage und Buchklubs, Versandhäuser und Versicherungen, Adressenlieferanten und Auskunftsteien, Markt- und Meinungsforschungsinstitute. Bei ihnen fehlt es häufig, glaubt Kongehl, an Schulung und Kompetenz der Datenschutzbeauftragten.

Deshalb bietet die Ulmer Fachhochschule auf Initiative von Kongehl nun als erste Institution in der Bundesrepublik die „Zusatzausbildung Datenschutzbeauftragter“ an. Professor Otto Künzel, Fachbereichsleiter „Technische Informatik“: „Bundesweit besteht ein erheblicher Bedarf an betrieblichen Datenschutzbeauftragten, der mit der weiteren Verbreitung von preiswerten Computern noch zunehmen wird.“ Und Baden-Württembergs resolute Datenschutzbe-



Lehrbeauftragter Kongehl: „Da liegt vieles im argen“



Datenschützerin Ruth Leuze
Riesige Nachfrage

auftragte Ruth Leuze sekundiert: „Es kann nicht genug Datenschützer geben.“

Bis jetzt offerieren schon etliche Universitäten einzelne Vorlesungen und Kurse, in denen sich Studenten aller Fakultäten freiwillig über Datenschutz informieren können. Ulm aber führt einen speziellen Studiengang für die „Vermittlung der gesetzlich geforderten Fachkunde“ nach dem Bundesdatenschutzgesetz ein, die erfolgreiche Teilnahme wird mit einem Zertifikat bescheinigt.

Diese Ausbildung dauert zwei Semester. Der Besuch von Betrieben und Behörden zur „praxisnahen Ausbildung“ ist Teil des Lehrprogramms, zu dem auch Exkursionen zu amtlichen Datenschutzbeauftragten, zu wissenschaftlichen Instituten, Verbänden und Parteien gehören.

Damit eröffneten sich, meint das Stuttgarter Wissenschaftsministerium, den Absolventen „zusätzliche Berufschancen“. „Viel zuwenig bekannt“ sei nämlich, so Kongehl, daß Datenschützer ihren Job auch selbständig ausüben können.

Ein betrieblicher Datenschutzbeauftragter kann sich wie ein Architekt, Steuerberater oder Anwalt niederlassen und kleinere oder mittlere Betriebe beraten, denen ein eigener Beauftragter zu teuer ist. Er unterliegt dann, ähnlich den Ärzten, einer Schweigepflicht.

Bei der Ulmer Fachhochschule liegen inzwischen Anfragen von Universitäten aus Hessen und Nordrhein-Westfalen vor, die diese Zusatzausbildung später vielleicht selber anbieten wollen. Außerdem gibt es, sagt Kongehl, bei den Studenten „schon jetzt riesige Nachfrage“.

Doch vorerst stehen nur 20 Studienplätze zur Verfügung, zugelassen wurden im ersten Semester nur Studenten des Fachbereichs Informatik der Ulmer Fachhochschule. Erst vom Wintersemester 1988/89 an soll die Ausbildung, ergänzt durch Kompaktkurse, allgemein zugänglich sein.

Kongehl, der schon bisher einen Lehrauftrag für Datenschutz an der Fachhochschule hatte, rechnet auch langfristig mit starkem Zulauf. Als das Datenschutzgesetz vor gut zehn Jahren beschlossen worden sei, hätten die Experten die Möglichkeiten der Datenverarbeitung noch nicht einschätzen können, „das Schutzbedürfnis erschien damals geringer“. Den künftigen Anforderungen aber könnten nur ausgebildete Fachkräfte gerecht werden. Kongehl: „Sonst bleibt Datenschutz ein Schlagwort ohne Inhalt.“